

friedlicht



Informationsblatt der

Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Gruppe Mainz, in Zusammenarbeit mit DFG-VK Wiesbaden und DFG-VK Hessen

Nr. 50

In dieser Ausgabe

Eritrea:

**Frieden braucht Menschenrechte
Schlechte und gute Traditionen
Fußball und Bundeswehr**

Veranstaltungen:

„Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit“

Lesung mit Wolfgang Sternstein
Donnerstag, 9. März 2006, 19:30 h
Matthäussaal der Christuskirch-
gemeinde, Kaiserstr. 56, links hinter
der Christuskirche, Mainz

Sri Lanka zwischen Versöhnung und Bürgerkrieg

Referent: Stephan Brües
Montag, 20. März 2006, 19.30 h
Martinsstift, Raupelsweg 1
Mainz

**Krieg gegen Iran? Reiseein-
drücke einer Friedensdelegation**
Referent: Clemens Ronnefeldt
Mittwoch, 26. April 2006, 19.30 h
Martinsstift, Raupelsweg 1, Mainz

Nieder die Waffen!

Öffentliche Preisverleihung des
erstmalig ausgelobten Bertha-von-
Suttner-Kunst- & Medienpreises
Dienstag, 18. April 2006, 18 h
Großer Saal, Ökohaus,

Kasseler Str. 1a, Frankfurt
Infos zum Veranstaltungsprogramm,
zum Preis und zum Wettbewerb:
www.bertha-von-suttner-preis.de

**Internationaler Tag der
Kriegsdienstverweigerung:
Aktionstag am 13. Mai 2006**
ab 14 Uhr, Hauptwache, Frankfurt
mit Musik, Ständen, Ausstellung und
anderem mehr

Friedlicht: 50 Ausgaben – 25 Jahre



MAINZ/WIESBADENER

OSTERMARSCH IN WIESBADEN

Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt! -

KARSAMSTAG, 15. APRIL 2006

10:30 h, Hauptbahnhof Wiesbaden
Abschlusskundgebung: ca. 12:30 h Schlossplatz

Ostermarschaufruf und weitere Informationen unter
www.dfg-vk-mainz.de

Informationen zu den Ostermärschen im Hunsrück (Karsamstag),
Frankfurt (Ostermontag) und anderswo unter www.ostermarsch.info

„Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit“

Lesung mit Wolfgang Sternstein

Donnerstag, 9. März 2006, 19:30 h

**Matthäussaal der Christuskirchengemeinde,
Kaiserstr. 56, links hinter der Christuskirche,**

Mainz

Veranstaltet von

DFG-VK Mainz & Pax Christi Bistumsstelle Mainz
*im Rahmen einer Veranstaltungsreihe
der DFG-VK Baden Württemberg, der Gewaltfreien
Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA), des
Internationalen Versöhnungsbundes - Deutscher Zweig
und von pax an - der Werkstatt für Pazifismus,
Friedenspädagogik und Völkerverständigung e.V.*

„Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ Der Plakattext könnte auch als Überschrift über das Leben eines gewaltfreien Aktivisten stehen, dessen Autobiographie im Frühjahr 2005 erschienen ist, ein sehr persönliches, selbstkritisches, offenes Buch. Eine gelungene Verknüpfung von persönlichen Lebensereignissen mit Berichten über die Teilnahme von direkten gewaltfreien Aktionen bis hin zur theoretischen Reflexion verschiedener Problematiken. Er stand mehrere Dutzend

Mal vor Gericht und war achtmal im Gefängnis, der nächste Gefängisaufenthalt wegen Beteiligung an einer gewaltfreien direkten Aktion gegen die nukleare Teilhabe Deutschland und für die Verschrottung der in Deutschland gelagerten Atomwaffen steht bevor.

Wolfgang Sternstein, 1939 in Braunschweig geboren, und seit über 30 Jahren in Stuttgart zuhause, lernte brutale Gewalt früh kennen, vor allem durch seinen Vater, der mit Leib und Seele Nazi war. Weil er anderen nicht antun wollte, was ihm selber angetan worden war, verweigerte er den Kriegsdienst und setzte sich mit der Frage nach einer konstruktiven Alternative zur militärischen Verteidigung auseinander. Er widmete sich fortan der Forschung über gewaltfreie Aktion und Soziale Verteidigung. Er lebt in einer „Zwitterexistenz“ als Friedensforscher und Friedensarbeiter, als Wissenschaftler und „Basispolitiker“. Der Friedensforscher und Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter schrieb in seinem Vorwort: „Dieses Buch ist ein großartiges Dokument, wie ein eher stiller, introvertierter Mensch einfach aus seinem Glauben an die Menschlichkeit und an die Verantwortlichkeit Einzelner für das Ganze zu einem Vorbild für viele werden könnte, die in einer Zeit der Duckmäusigkeit und des Verdrängens wieder das Standhafte lernen könnten und sollten.“



Sri Lanka zwischen Versöhnung und Bürgerkrieg

Referent: Stephan Brües (DFG-VK)

Montag, 20. März 2006, 19.30 h

Martinsstift,

Raupelsweg 1 (Nähe Sömmerringplatz), Mainz

Veranstaltet von

**Bildungswerk Hessen der DFG-VK
DFG-VK Mainz**

Pax Christi Bistumsstelle Mainz

Seit mehreren Jahrzehnten wird Sri Lanka von inneren Konflikten zwischen Singhalesen und Tamilen zerrissen. Der Krieg zwischen Regierungstruppen und den Tamil Tigers LTTE wurde zwar 2002 durch ein Waffenstillstandsabkommen beendet, der Friedensprozess stockt jedoch. Die Präsidentschaftswahlen im vergangenen November wurden als Testfall betrachtet, wie es auf der grünen Insel südlich von Indien weitergeht. Stephan Brües war als internationaler Wahlbeobachter im November in Sri Lanka. Er ist seit vielen Jahren in der Friedensbewegung aktiv, sowohl ehrenamtlich als auch lange Zeit hauptamtlich, und steht in engem Kontakt zur internationalen Friedensorganisation *Nonviolent Peaceforce*, die durch Entsendung von Friedensfachkräften in Konfliktgebiete zu einer gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten beitragen will. Deren Pilotprojekt findet seit 2003 in Sri Lanka statt. Der Referent wird nicht nur von seinen Erfahrungen als Wahlbeobachter und die aktuelle Situation in Sri Lanka berichten, sondern auch über die wenig bekannte Arbeit der *Nonviolent Peaceforce*.

Krieg gegen Iran?

**Reiseeindrücke
einer Friedensdelegation**

**Clemens Ronnefeldt, Referent für
Friedensfragen beim Versöhnungsbund,
berichtet**

Mittwoch, 26. April 2006

19.30 h

**Martinsstift, Raupelsweg 1 (Nähe
Sömmerringplatz), Mainz**

*Veranstaltet von
DFG-VK Mainz*

Pax Christi Bistumsstelle Mainz

Im Dezember 2005 besuchte eine 16köpfige Friedensdelegation des Internationalen Versöhnungsbundes unter anderem die jüdische Gemeinde in Teheran und sprach mit dem jüdischen Vertreter im iranischen Parlament. Sie hatte Begegnungen mit Studierenden der Hochschule für Journalistik in Teheran, traf sich mit dem Erzbischof der armenischen Kirche in Esfahan sowie mit schiitischen Lehrern in Qom und diskutierte mit Aktivistinnen gegen Umweltverschmutzung. Unter den 15 US-amerikanischen Mitgliedern der Delegation waren auch zwei Vertreter jüdischen Glaubens. Clemens Ronnefeldt war der einzige Teilnehmer aus Europa.

Eritrea: Frieden braucht Menschenrechte

**Veranstaltungsreihe mit Aktiven der
Eritreischen Antimilitaristischen Initiative**
8.-19. Mai 2006

Die einzelnen Termine und damit auch Ort und Zeit der für Mainz vorgesehenen Veranstaltung standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Informationen zur Veranstaltung in Mainz baldmöglichst unter www.dfg-vk-mainz.de,

Informationen zur Veranstaltungsreihe insgesamt unter www.Connection-eV.de

Der letzte Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien fand von 1998 bis 2000 statt und forderte Zehntausende von Opfern. Seit einigen Monaten bereiten beide Regierungen einen neuen Krieg vor, um von der katastrophalen ökonomischen und sozialen Situation im jeweiligen Land abzulenken und die Opposition zu zerschlagen. Die Lage spitzt sich zu. Eritrea wurde nach einem jahrzehntelangen Separationskrieg gegen Äthiopien erst 1993 selbstständig. Die Unabhängigkeit von Äthiopien war für viele EritreerInnen mit der Hoffnung verbunden, dass das Land demokratisiert würde, es einen wirtschaftlichen Aufschwung und bessere Bildungschancen und Lebensbedingungen gebe. All das traf nicht ein. Die von der Guerrillabewegung Eritreische Volksbefreiungsfront (EPLF) gestellte Regierung führte unter dem Präsidenten Isayas Afewerki das Land in eine Militärdiktatur. Die EPLF wurde umbenannt in Volksfront für Demokratie und Gerechtigkeit (PFDJ). Sie war fortan die einzig zugelassene politische Partei. Zwar wurde 1995 noch eine Verfassung mit grundlegenden demokratischen Rechten verabschiedet, doch sie trat nie in Kraft. Stattdessen wurde die Pressefreiheit massiv eingeschränkt. Oppositionelle, Menschenrechtler und KritikerInnen aus den Reihen der Regierung wurden verhaftet und an unbekannte Orte verbracht.

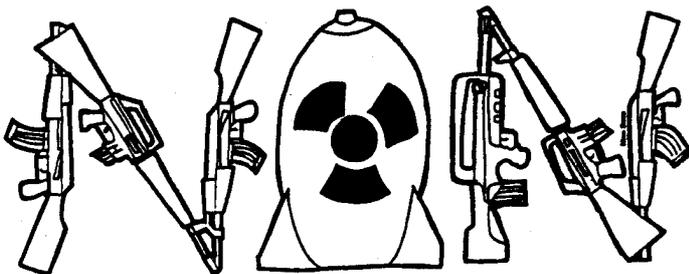
Von dieser Entwicklung sind in hohem Maße Wehrpflichtige betroffen. Der Wehrpflicht unterliegen sowohl

Männer als auch Frauen im Alter von 18 bis 40 Jahren. Nach den Gesetzen haben sie einen 18monatigen Militärdienst und Aufbaudienst abzuleisten. In der Praxis gab es jedoch seit 1998 kaum Entlassungen aus dem Militärdienst. Soldaten und Soldatinnen wurden und werden nicht nur an der Front und im Militär, sondern auch gegen Zahlung des Soldes in Wirtschaftsbetrieben des Militärs eingesetzt. Zudem gehen Regierung und Militär in Eritrea schärfstens gegen Kriegsdienstverweigerer und DeserteurInnen vor. Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung wird verwehrt. Einige Zeugen Jehovas sind seit über 10 Jahren in Haft, weil sie den Kriegsdienst verweigerten. Willkürliche Haft, Folter, der Einsatz an der Front und Zwangsarbeit - alles ohne jegliche Strafverfahren - sind Mittel, um Deserteurinnen und Deserteure zu bestrafen.

All dies sind Gründe, warum Tausende junge EritreerInnen aus dem Land fliehen, zumeist in die afrikanischen Nachbarländer. Mehreren Hundert gelang es, nach Deutschland zu kommen und hier Asyl zu beantragen. Da in der Bundesrepublik jedoch die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern nicht als Asylgrund anerkannt ist, werden sie häufig abgelehnt. Um hier nicht alleine zu stehen und um gemeinsam aktiv zu werden, gründeten ein gutes Dutzend von ihnen vor über einem Jahr die Eritreische Antimilitaristische Initiative. Sie tritt für "einen dauerhaften Frieden auf Basis der Menschenrechte" ein und für das Recht, "Zwangsrekrutierung, Militarisierung und Krieg zu verweigern."

Auf einer Pressekonferenz am 1. Dezember 2005 warnte die Initiative vor einem neuen Krieg. Sie rief die Jugendlichen in Eritrea und Äthiopien auf: "Sagt Nein zum Krieg! Verweigert Euch der Zwangsrekrutierung! Dies ist ein wichtiges Mittel, um die Kriegspolitik der Regierungen zu schwächen und auf eine politische Lösung des Grenzkonfliktes hinzuwirken."

Nucléaire civil ou militaire



Atomkraft, zivil oder militärisch: Nein! (aus Union pacifiste)

gewaltfreiheit globalisieren

Konferenz der War Resisters' International
*Schloss Eringerfeld
Paderborn, Westfalen
23.-27. Juli 2006*

Die Konferenz 'Gewaltfreiheit globalisieren' der War Resisters' International (WRI) wird eine großartige Gelegenheit, um Aktive aus der ganzen Welt zu treffen, ihre Hintergründe kennen zu lernen, und zu verstehen, wie wir alle eine andere Welt möglich machen können.

Auf der ganzen Welt entwickelt sich eine „Bewegung der Bewegungen“. Sie will die Sichtweisen und Werte der Bevölkerung denen der Konzerne, Institutionen und Regierungen entgegensetzen - auch in den Anti-Kriegs-Aktionen. Es ist eine „Globalisierung von unten“. Die WRI denkt, dass die Gewaltfreiheit in dieser Globalisierung von unten noch viel wichtiger werden kann.

War Resisters' International (WRI)

Die Grundsatzklärung der WRI, die von ihren Mitgliedern unterzeichnet wird, lautet:

„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keinen Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“

Die WRI wurde 1921 als weltweites pazifistisches und antimilitaristisches Netzwerk gegründet.

Gastgeber der Konferenz sind die deutschen WRI-Mitgliedsorganisationen:

- Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
- Deutsche Friedensgesellschaft - Internationale der Kriegsdienstgegner (DFG-IdK)
- Internationale der Kriegsdienstgegner/innen (IDK Berlin)
- Institut für Frieden und Gewaltfreie Konfliktbearbeitung,
- Graswurzelrevolution (mit der WRI assoziierte Zeitschrift)
- Archiv Aktiv

www.gewaltfreiheitglobalisieren.org/regform-de.html



gewaltfreiheit globalisieren

Anmeldung

War Resisters' International
5 Caledonian Road
London N1 9DX
Großbritannien
Tel. 0044 20 72784040

anmeldung@gewaltfreiheitglobalisieren.org

Schlechte Traditionen abschaffen, gute Traditionen entwickeln!

Um es gleich am Anfang mit Nachdruck zu sagen, die heute Lebenden trifft keine Schuld für Verbrechen und Kriege, die in der Vergangenheit geschehen sind. Diese selbst gemachten Katastrophen sind unauslöschliche Schandmale in der Geschichte der Menschheit. Die Ermordeten kann man zwar beweinen, lebendig werden sie nicht wieder. - Um aber neue Verbrechen zu verhindern, Kriege erst gar nicht mehr führbar zu machen, müssen die Heutigen schon im Vorfeld Verantwortung übernehmen und nach den Ursachen für Gewalttätigkeiten suchen. - Das heißt ganz konkret, auch kulturübergreifend mit schlechten Traditionen zu brechen, die menschenverachtend Männer und Frauen unterdrücken und an Leib und Seele quälen. - Es geschieht nicht nur weit weg, sondern auch hierzulande, vielleicht in der Nachbarschaft. - Da sind z.B. muslimische Frauen und Mädchen, denen die Familien keine selbstbestimmte Lebensführung zugestehen, die in größter Sommerhitze im langen Mantel und Kopftuch schwitzen, denen Schulausflüge und Schwimmen verboten wird, die eingesperrt werden. Oft stehen Zwangsehen und manchmal Ehrenmorde am Ende ihres Leidensweges. - Die Zeitungen berichten dann; es gibt auch Gerichtsverhandlungen, aber grundsätzlich ändert sich nichts. - Hier lädt man Schuld auf sich, wenn man intolerante Traditionen neben sich duldet und wegsieht. Dazu gehören auch Zwangsbeschneidungen von Kindern beiderlei Geschlechts, (das ist Körperverletzung!) und grausames Schächten von Tieren. Ersteres ist sogar eine willkommene Einnahmequelle von Ärzten. -

Falsch liegen Menschen des westlichen Kulturkreises, wenn sie überheblich meinen, ihre eigene Kultur und Traditionen seien immer die besseren; sie hätten ja beispielsweise die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Grundgesetz verankert. Die Realität sieht leider anders aus. Es gibt immer noch ungleiche Löhne für Männer und Frauen; immer noch werden aus schlechter Tradition be-

stimmte Berufe von Männern und Frauen gemieden. Bei den starren hierarchischen Strukturen in Wirtschaft und Wissenschaft findet man nur wenige Frauen in Spitzenpositionen. - Die katholische Kirche lässt noch immer keine Frauen als Diakone und Priester zu. Die männlichen Geistlichen müssen sich einem Zwangszölibat unterwerfen. Das sind nur wenige Beispiele, die man sich bewußt machen muss, damit an Veränderungen gearbeitet werden kann. -

Erst allmählich wird es auch Hiesigen klar, dass Kriegsdienstverweigerung ein Menschenrecht ist, sein muss, weil niemand gegen seinen Willen gezwungen werden darf, das Töten zu erlernen. Hier zu Lande ist es schlechte Tradition, dass "das Dienen an der Waffe" zum Mann gehört, und Frauen, weil sie gleichberechtigt sind, nun nachziehen. Frauen in Deutschland sind ausnahmsweise einmal bevorzugt, sie werden nicht zum Kriegsdienst gezwungen, wie beispielsweise in Israel.

Ein kleiner Hoffnungsschimmer für mich ist, dass Zivildienstleistende nicht mehr als "Drückeberger" diffamiert werden, wie das früher die Regel war. Wünschenswert ist nun eine positive Einstellung zu Totalverweigerern, die mit ihrer konsequenten Haltung das Militär weder direkt noch indirekt durch Zivildienst unterstützen wollen und für ihren Idealismus und Mut Anerkennung verdienen. - Totalverweigerung und Zivildienst wären vermutlich kein Thema mehr, verschwände die Wehrpflicht, dieser Stolperstein auf dem Weg in eine friedlichere Zukunft, sofern staatlicherseits keine neuen Zwangsdienste eingeführt würden.

Es ist an der Zeit, dass endlich gute, neue Traditionen entwickelt werden. Statt Kriegsdienst echten Friedensdienst, wo Männer und Frauen z. B. in Friedensgruppen wie der DFG-VK auf vielen Gebieten mitwirken und ihre Ideen einbringen können!

Auch mit der gerühmten Meinungs- und Pressefreiheit liegt vieles im Argen. Ereignisse und Ansichten, die den Herrschenden nicht ins Konzept passen, werden von vielen Medien unterdrückt, sie erscheinen nicht in den Meldungen, so als gäbe es sie nicht. –

Diesbezüglich sei auch an die vielen Kriegsdienstverweigerer erinnert, die hier und fast überall auf der Welt wegen ihrer Überzeugung im Gefängnis sitzen, oft sogar ge-

foltert werden, wie Mehmet Tarhan in der Türkei. Ein Bediensteter des türkischen Konsulates in Mainz beschimpfte ihn als "Landesverräter".

Es gibt viel zu tun, bis schlechte Traditionen hier und weltweit abgebaut sind, die guten haben immer ihre Existenzberechtigung auch und gerade kulturübergreifend. Sie bereichern das Leben aller.

„Friedlicht“: 50 Ausgaben - 25 Jahre

Anfang März 1981 verteilten wir die erste, vierseitige, Ausgabe des *Friedlichts*, des Infoblatts der DFG-VK Mainz. Schon ab Nr. 2 war der heute gewohnte Umfang von acht Seiten erreicht. Die „neue Friedensbewegung“, wie man damals sagte, war auf ihrem Höhepunkt. 1981 und 1982 erschienen jeweils sechs Ausgaben des *Friedlichts*. Auf die Phase der Massenmobilisierung der frühen 1980er Jahre mit einer heute unglaublichen Fülle von Demonstrationen, Veranstaltungen und Aktionen folgten nach 1983 für die Friedensbewegung ruhigere Jahre, in denen wir durchschnittlich drei *Friedlichter* im Jahr schafften.

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts schien vielen ein Engagement für den Frieden überflüssig zu sein. Die Friedensbewegung schrumpfte und mit ihr auch die DFG-VK Mainz. 1991 erschienen noch zwei *Friedlichter*, danach bis 1998 mit Ausnahme von 1995 je eine Nummer im Jahr. 1999 bis 2001 machte das *Friedlicht* sogar drei Jahre Pause. Obwohl die Mainzer Gruppe der DFG-VK in den 1990ern nicht die Kraft fand, mehr *Friedlichter* zu produzieren, geschweige denn zu verteilen, hatte sie noch viel zu sagen. Ihre Artikel wurden damals häufig und regelmäßig von der Mainz/Wiesbadener alternativen Monatszeitschrift *Dichtung & Wahrheit* (DiWa), 1990-1999, abgedruckt. Seit 1996 erscheint das *Friedlicht* in Zusammenarbeit mit der Gruppe Wiesbaden der DFG-VK, seit 1998 auch in Zusammenarbeit mit der DFG-VK Hessen.

Wiederaufschwung, Radiosendung und Homepage

Ab 2002 ging es wieder aufwärts. Ab 2003 sind pro Jahr wieder zwei *Friedlichter* erschienen, was uns heutzutage bereits an die Grenze unserer finanziellen Möglichkeiten bringt, und es sind neue Medien hinzugekommen. Seit Juni 2002 ist im Programm von Radio Quer auf der Wiesbadener Lokalradiofrequenz *Pazifissimus*, die Sendung von DFG-VK Mainz und Wiesbaden zu hören, seit 2004 haben wir eine eigene Homepage www.dfg-vk-mainz.de. Dort ist nicht nur das *Friedlicht* zu finden, sie ermöglicht uns auch zahlreiche weitere und aktuelle Informationen zu veröffentlichen.

Vom Osterspaziergang 1981 zum Ostermasch 2006

Wer in den gesammelten *Friedlichtern* blättert, unternimmt eine Zeitreise durch die Geschichte der Friedensbewegung in Mainz und darüber hinaus. Das *Friedlicht* warb Anfang der 1980er Jahre für die Mainzer Osterspaziergänge (anfangs war man noch bescheiden) und Ostermärsche, für die *Mainzer Friedenswochen* und natürlich für die großen Friedensdemonstrationen („Aufstehen für den Frieden 10. Juni Bonn“, Nr. 10, 1982), für gewaltfreie Blockaden („Wider-Setzen in Ramstein“, Nr. 3, 1981), berichtete aber auch von transnationalen Friedensaktionen wie dem „6. Internationalen Gewaltfreien



Marsch“ in den Niederlanden (Nr. 4, 1981). Seit Ende der 1990er werden sowohl öffentliche Vereidigungen der Bundeswehr als auch die in Mainz und Wiesbaden wiederbelebten Ostermärsche vom *Friedlicht* begleitet. Die Ausgaben zur Großdemonstration anlässlich des Treffens von Bush und Schröder 2005 in Mainz (Nr. 48) und zu Frauen in der Friedensbewegung anlässlich des Berthavon-Suttner-Gedenkjahres dürften noch frisch in Erinnerung sein.

Themen der frühen *Friedlichter* waren die damals allgegenwärtige Angst vor dem Atomkrieg und der Protest gegen die Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen, aber auch Dritte Welt, Friedenspädagogik, Rüstungsexport, Polizeirepression, Volkszählung, Militäranlagen in Mainz und vieles mehr.

Ärger mit der Staatsgewalt gab's bei Nr. 1. Der Bericht über eine Misshandlung im Mainzer Polizeipräsidium brachte uns und mehreren anderen Zeitschriften eine polizeiliche Vorladung ein.

Transnationale Kriegsdienstverweigerung

Breiten Raum nehmen Artikel zu Kriegsdienstverweigerung unter diversen Aspekten ein: Kriegsdienstverweigerungsrecht, Gewissensprüfung, Verweigerung von Frauen, Zivildienststreik, militärische Sozialisierung in der Bundeswehr, Erlebnisberichte aus Gewissensprüfungen und Zivildienst. Seit der ersten Nummer prangerte das *Friedlicht* die Inhaftierung von Kriegsdienstverweigerern an. Die Unterstützung von totalen Kriegsdienstverweigerern im Raum Mainz und anderswo war mehr als zwei Jahrzehnte lang ein Schwerpunkt.

Die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern in aller Welt blieb seit Nr. 2 (Beitrag zu Griechenland) ein Dauerthema. Seit 1986 kündigte das *Friedlicht* auch immer wieder Veranstaltungen in Mainz mit Friedensbewegten aus anderen Ländern an: Es begann mit einem Besucher aus Südafrika im Rahmen der Kampagne zur Unterstützung der dortigen Kriegsdienstverweigerer (Nr. 22 + 23, 1986), seit Nr. 38 (1992) steht die Solidarität mit Verweigerern aus der Türkei im Vordergrund, gleichzeitig beschäftigten uns die jugoslawischen Auflösungs-

kriege und die Unterstützung jugoslawischer Deserteure sowie zeitweise massenhaft inhaftierter Verweigerer in Spanien. Seit 2002 besuchten uns dreimal KriegsdienstverweigerInnen aus Israel.

Der Artikel zur **Wehrpflicht in Nicaragua** (Nr. 18, 1984) dürfte der meistbeachtete des *Friedlichts* gewesen sein. Er erschien auch in zwei anderen Zeitschriften und wurde zu unserer Überraschung in Deutschland und Großbritannien nachgedruckt. Endlich hatte jemand gewagt, die beliebten Sandinistas dafür zu kritisieren, dass auch sie das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung missachteten und Menschen in Kasernen und aufs Schlachtfeld zwangen. Der Artikel widersprach zwei weit verbreiteten Geisteshaltungen. Viele westdeutsche Linke und Friedensbewegte waren erstens bereit, Krieg und Menschenrechtsverletzungen zu befürworten, wenn sie ihren eigenen Zielen dienten, zweitens forderten sie für sich selbst mit größter Selbstverständlichkeit, nicht zur Bundeswehr gehen zu müssen, von ihren lateinamerikanischen Solidaritätsobjekten verlangten sie hingegen, ihr Leben für Revolution und Nation zu riskieren und zu opfern. Niemand in Lateinamerika interessierte sich für Kriegsdienstverweigerung, hieß es. Inzwischen gibt es in Lateinamerika eine lebendige Kriegsdienstverweigerungsbewegung, allein in Mainz hatten wir schon zweimal Kriegsdienstverweigerer aus Paraguay bei Veranstaltungen zu Gast gehabt.

„**Polizeiterror in Mainz. 62 Demonstranten eingekesselt**“ titelte *Friedlicht* Nr. 23 (1986) nach einer Anti-NATO-Demonstration. Zu einem Zeitpunkt, als es das *Regionalblatt* nicht mehr gab und die DiWa noch nicht geboren war, war das *Friedlicht* eine der wenigen Stimmen, die der herrschenden Berichterstattung über den berüchtigten „Mainzer Kessel“ etwas entgegensetzte.

Unbeliebt in Ost und West

Von Anfang an war das *Friedlicht* im Unterschied zu beträchtlichen Teilen der Friedensbewegung nicht blind für Militarismus und Diktatur im sowjetischen Machtbereich, wie umfangreichere Artikel wie „*Kriegsunrecht in Polen*“ (Nr. 7, 1981), „*Kriegsdienstverweigerung in der Sowjetunion*“ (Nr. 21, 1986) und zur Friedensbewegung

in der DDR (Nr. 16,1983 + 26,1987 + 33,1990) zeigen. Ende der 1980er bekamen wir Kontakt zur Friedensbewegung in der DDR, so dass einzelne *Friedlichter* dorthin gelangten. 1990 fuhren wir mit vielen Exemplaren im Rucksack zu Demonstrationen nach Ost-Berlin und Erfurt. Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz schmähte uns trotzdem jahrelang als „DKP-beeinflusst“. Das Beurteilungsvermögen seiner östlichen Kollegen und Geistesverwandten war auch nicht besser: Akteneinsicht ergab, dass ein Mitarbeiter des *Friedlichts* vom Staatssicherheitsdienst der DDR bespitzelt wurde, von der Hauptabteilung XXII, zuständig für die Kontrolle und Bekämpfung von Extremismus und Gewalttaten des internationalen Terrorismus, und zwar bereits 1983, als wir noch keine Kontakte zu DDR-Friedensbewegten hatten. Die spätere Überwachung von Briefwechsel und bei Besuchen war nicht überraschend, die vorherige uns gewidmete Aufmerksamkeit allerdings schon.

Von der Schreibmaschine zum Computer

Heute unvorstellbar wurde die *Friedlicht*-Texte lange mit der Schreibmaschine getippt. Der Übergang zum Computer vollzog sich schrittweise 1988 bis 1994. Nr. 39(1994) war die letzte Nummer mit den kunstvoll handgemalten Überschriften, die so lange ein Markenzeichen fürs *Friedlicht* gewesen waren. Nur der Kopf des *Friedlichts* ist aus dieser Zeit noch in Gebrauch.

Das *Friedlicht* wurde generell nüchterner. Bis Nr. 38(1993) waren die Seitenzahlen in jeder Ausgabe anders und abwechslungsreich gestaltet, in Schriften wie Römisch, Griechisch, Arabisch, Glagolitisch oder Gotisch, als Bilderrätsel oder mathematische Formel. Charakteristisch waren lange auch die Preisrätsel (erstmal Nr. 9, 1982), darunter die politischen Kreuzworträtsel, erstmalig in Nr. 18(1994), zuletzt in Nr. 42(1997). Seitdem fehlte uns dazu die Muße.

Wir sind realistisch genug um zu wissen, dass wir Krieg, Militär und Gewalt in absehbarer Zeit nicht so bald abschaffen können. Also Grund genug, noch mindestens weitere 50 Ausgaben des *Friedlichts* zu produzieren.

XMR

Sendungen der Medieninitiative Radio Quer auf der Wiesbadener Lokalradiofrequenz UKW 92,5 MHz im Überblick				
Aktualisierungen und weitere Informationen unter www.radio-quer.de				
Uhrzeit	Montags	Mittwochs	Freitags	Samstags
11 - 12	Agenda-Radio	Campusradio	Morgenmuffel	
14- 15	Die Kinderstunde	Radio Quer Dosenfutter		
15- 16		Radio Quer Aktuell – Das Info-Radio		
16- 17		1. Mittwoch im Monat: PAZIFISSIMUS. Sendung der DFG-VK Wiederholung am 2. Mittwoch im Monat 3. Mittwoch im Monat: Pradus Schmadus Show 4. Mittwoch im Monat: Kulturquerschnitt 5. Mittwoch im Monat: IQ Workshop		
17- 18		1., 3. u. 5. Mittwoch im Monat: Tee für 3 2. Mittwoch im Monat: DAGEGEN!		
18- 19		1. u. 3. Mittwoch im Monat: Friede, Freiheit, Menschenrechte 2. Mittwoch im Monat: Gegenwind		
20 - 23				alle 2 Wochen Format Pausenraum



Die Bundeswehr bei der Fußball-WM

Den Erfolg der Bundeswehr bei der Fußball-Weltmeisterschaft darf man getrost als mäßig bezeichnen. Jedenfalls den bei der Fußball-Militärweltmeisterschaft, deren Gastgeber im vergangenen Sommer Deutschland gewesen ist. Im Halbfinale verlor man gegen Ägypten; im Spiel um den dritten Platz setzte es gegen den arabischen Ministaat Katar eine 1 : 3 –Niederlage. Den zweiten Rang sicherte sich Algerien, das dem ägyptischen Team im Finale unterlag. Der Tourniersieger vom Nil löste übrigens Nordkorea als Fußball-Militärweltmeister ab. Mit solchen Niederlagen und solchen Gegnern dürfte kaum ein Imagegewinn fürs deutsche Militär zu erzielen sein.

Handlungsbedarf der Bundeswehr in Sachen Öffentlichkeitsarbeit und Fußball ist also gegeben, und so willigte die Armee gerne ein, im Rahmen der so genannten „Amtshilfe“ die Fifa-Fußballweltmeisterschaft 2006 mit Gerät und Mannschaften zu unterstützen. An die 2.000 Soldaten kommen im Sommer zwar nicht am Ball und in den Stadien zum Einsatz, wohl aber vor und über den Stadien und um die Stadien herum. Damit kommen auf einen teilnehmenden Fußballspieler knapp drei Bundeswehrangehörige.

Natürlich handelt es sich bei diesem Engagement der Armee um einen Einsatz im Innern, allerdings – wenn es nach der Meinung der übergroßen Mehrheit im Bundestag geht – um einen, der verfassungsrechtlich unbedenklich sein soll, da es in diesem Kontext um rein organisatorisch-technische Unterstützungsmaßnahmen geht. Berechtigt ist aber durchaus die Frage, ob der geplante WM-Einsatz in jedem Fall sinnvoll ist und nicht vor allem der Profilierung der Bundeswehr dient.

Für welche Aufgaben werden also die Soldaten abgestellt? Vor allem für den Sanitätsdienst, heißt es. So soll etwa in Kaiserslautern ein Notfall-Rettungszentrum eingerichtet werden. Nur: Warum ist das in Kaiserslautern notwendig, nicht aber an anderen Orten? Wäre es nicht vielmehr Aufgabe der Kommune oder des Landes Rheinland-Pfalz derartige Kapazitäten in der pfälzischen Metropole bereit zu halten, wie das offensichtlich in allen anderen Städten der Fall ist? Schließlich sind die WM-Begrenzungen nicht die einzigen Fußballspiele, die auf dem Betzenberg stattfinden. Auf dem Flughafen Stuttgart wird darüber hinaus die Bundeswehr einen mobilen Tower für die Zeit der Weltmeisterschaft errichten. Wozu benötigt man aber in Stuttgart einen mobilen Tower? Wenn die Flugsicherheit dort im Argen liegen sollte, dann wäre es Sache des Flughafens Stuttgart und der Flugsicherung für Abhilfe zu sorgen.

Insgesamt bedienen die Streitkräfte über 100 Amtshilfeersuchen, über deren Sinn man berechtigterweise spekulieren kann, ja spekulieren muss, weil über die Begründungen der einzelnen Maßnahmen kaum etwas zu erfahren ist. Denn nicht der Bundestag entscheidet über die zu gewährende Amtshilfe, sondern diese wird zwischen Verteidigungsministerium und zivilen Behörden festgelegt. Offenbar planen die zivilen Verwaltungen für alle mögli-

chen Fälle, die ihnen in den Sinn kommen. Schleierhaft und im Nebulösen bleibt zum Beispiel das Bedrohungsszenario, das dem vorgesehenen Einsatz von ABC-Spürpanzern zu Grunde liegt, also jenen fahrbaren Chemie- und Biologie-Laboren, mit denen die Bundesregierung 2003 den Irakkrieg in Kuwait flankierte. Besitzt also der BND alarmierende Erkenntnisse über mögliche Terrorangriffe mit ABC-Waffen? Laut Sonntagszeitung der FAZ ist das nicht der Fall. Ähnlich verhält es sich mit dem schon fast zum Ritual gewordenen Einsatz von AWACS-Radarflugzeugen. Bei den Olympischen Spielen in Athen waren diese Maschinen dabei, beim Papstbesuch auf dem Weltjugendtag im vergangenen Jahr und zur Zeit überwachen sie den Luftraum über Turin. Das AWACS-System kann im Gegensatz zu bodengebundenen Luftraumüberwachung in Täler und hinter Hügel „blicken“. Nur: Welche Terrorgruppe wäre in der Lage, unter der normalen Radarüberwachung an ein Stadion heranzufiegen?

Die Fußballweltmeisterschaft wird – das machen die Beispiele deutlich – instrumentalisiert. Vor dem Publikum breiten Innen- und Sicherheitspolitiker eine bizarr konstruierte Bedrohungslage aus – diese erinnert tatsächlich an die „Bedrohungslüge“ während des kalten Krieges –, um den Einsatz der Bundeswehr im Innern schmackhaft zu machen. Sozialdemokratische Politik hält es dabei eher mit der Salomitaktik, während konservative Strategen die WM nutzen wollen, um auf einen Schlag dem Einsatz der Bundeswehr im Innern als Regelfall durchzusetzen. Die Innenminister Beckstein und Schäuble plädieren dafür, das deutsche Militär während der Fußball-WM auch für polizeiliche Aufgaben wie Objektschutz und Grenzsicherung heranzuziehen. Das kollidiert zwar mit den Vorgaben des Grundgesetzes passt aber wunderbar zu den Sparbemühungen der öffentlichen Hand. Etwa 7.000 Polizistenstellen wurden nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei in den vergangenen fünf Jahren bundesweit abgeschmolzen. Da käme es zupass, wenn Wehrpflichtige deren Aufgaben zum Teil übernehmen würden – quasi als Ein-Euro-Söldner im Sektor der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Bisher wollten die Sozialdemokraten eine Grundgesetzänderung zum Thema Bundeswehr im Innern jedoch nicht mitmachen.

Diesbezüglich sind aber die Karten neu gemischt. Denn bevor auf Grundlage des Luftsicherheitsgesetzes aus dem Hause Schily auch nur ein anfliegendes ‚Terrorflugzeug‘ durch die Bundesluftwaffe abgeschossen werden konnte, schoss das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das rot-grüne Gesetz selbst ab. Die konservative Riege der Innenminister wird klammheimlich gejubelt haben, denn, um wenigstens Teile des als nichtig erklärten Luftsicherheitsgesetzes zu retten, kommt die Politik um eine den Einsatz der Bundeswehr im Innern neu regelnde Grundgesetzänderung nicht herum. Dass mit einer solchen Novellierung, die bereits der Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD in Aussicht stellte, auch die Übernahme polizeilicher Aufgaben durch das Militär verbunden sein wird, kann man sich an den Fingern einer Hand abzählen.

Weshalb machen sich aber die Konservativen gerade jetzt so stark für den Einsatz der Bundeswehr im Innern und für die Übernahme auch polizeilicher Funktionen durch Soldaten? Es geht nicht nur ums Geld und die arm gemachten öffentlichen Kassen. Ein Aspekt des gesamten Manövers ist auch die Zukunft der „allgemeinen Wehrpflicht“ (die allerdings überhaupt nicht allgemein ist, sondern nur Männer trifft). Während die rot-grüne Politik darauf hinauslief, dieses überkommene Institut des Obrigkeitsstaates zu kippen, möchte die Union die allgemeine Wehrpflicht erhalten wissen. Das geht aber nicht ohne neue Aufgabenfelder für die Bundeswehr und vor allem für die Wehrpflichtigen, die man nicht in Auslandseinsätze schicken kann. Auch Kriegsminister Franz Josef Jung hat die immer drängender werdende „Wehrungerechtigkeit“ als bedeutendes Problem identifiziert. Eine Art ‚Heimatschutzdienst‘ für Wehrpflichtige könnte hier weiterhelfen und Spielräume für die öffentliche Hand eröffnen, bei Bundespolizei und Länderpolicen oder in anderen Bereichen finanzielle Mittel einzusparen.

Ob also der Erfolg der konservativen Militär- und Innenpolitik bei der Fußball-Weltmeisterschaft ebenso getrost als mäßig zu bezeichnen sein wird, bleibt abzuwarten.

Kalashnikov, das Magazin für militanten Pazifismus der DFG-VK Marburg bei Radio Unerhört Marburg. Sendung vom 15.2.2006

**Beratung der DFG-VK
für Kriegsdienstverweigerer aus der
Türkei**
Tel. 0162-6997237, montags - freitags, 15-17 h,
ktski@gmx.de
Zeynettin Er, Marktstr. 18, 35452 Heuchelheim

**Beratung für VerweigererInnen aus den USA:
Military Counseling Network (MCN),**
Hauptstr. 1, 69245 Bammental.
Tel. + Fax 06223-477 91, E-mail mcn@dmfk.de
www.getting-out.de

**Beratung für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen),
Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):**
Connection, Gerberstr. 5, 63065 Offenbach.
Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,
E-Mail office@Connection-eV.de

**Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK
im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz**

**Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen**
Sektion der War Resisters' International (WRI)

Landesverband Hessen, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt
Tel. 069-431440 Fax 069-4990007 dfgvkhessen@t-online.de

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Angelika Korjenic, Wiesenstr.5, 56656 Brohl-Lützing, Tel. 02636-4532 info@hagazussa.org

Aschaffenburg (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen): c/o Gunnar Schedel, Hangstr. 3, 63768 Hösbach.
Tel. + Fax 06021-581 734 (Alibri-Verlag) verlag@alibri.de

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung.

Bad Kreuznach & Landesverband Rheinland-Pfalz:
c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12, 55543 Bad Kreuznach. Tel. 0671-62878.
Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung

Bensheim: Klaus Lemmes, Starkenburgstr. 4, 64625 Bensheim
Tel. 06251-644 26.
Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung

Darmstadt: c/o Michael Bauer, Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt.
DFGVK.Darmstadt@aol.com Gruppentreffen dienstags 19.30 h, ehemalige Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42.

Kriegsdienstverweigerungsberatung telefonisch: Tel. 06151-375662

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt. Tel. 069-498 03 94 Fax 069-499 0007, dfgvkffm@t-online.de **Pazifistischer Ratschlag:** 2. Montag im Monat 19 h, KDV-Beratung 1. Montag im Monat 18 h

Friedberg: Hintergasse 27, 61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel. Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung Tel. 0561-89 30 27.

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Magdalenenhäuser Weg 31, 35578 Wetzlar.
Kriegsdienstverweigerungsberatung nach telefonischer Vereinbarung:
Tel. 06441-25462 (Martin Otto), 06441-71416 (Stefan Rohleder)

Mainz: c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz. Gruppentreffen incl. Kriegsdienstverweigerungsberatung: 1. Montag im Monat, 19.30 h

dfgvkmz@web.de; www.dfg-vk-mainz.de

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg. Tel. 06421-217 83. E-Mail dfgvk@lahn.net, www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

Gruppentreffen montags 20 h, Kfz, Schulstr.6.

Radiosendung: KALASCHNIKOV - das Magazin für militanten Pazifismus
2-wöchentlich mittwochs 19 h bis 20 h, die Wiederholung in der jeweils folgenden Woche um 15 h bei Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offenbach.
Tel. + Fax: 069-81 51 28. office@Connection-eV.de

Gruppentreffen dienstags 20 h, Club 32, Landgrafenstr. 5

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr.1, 54290 Trier Tel. 0651-9941017.

Wiesbaden: c/o Peter Silbereisen, Wilhelminenstr. 30, 65193 Wiesbaden. Tel. 0611-910 36 66, Fax 0611-910 36 65 peter.silbereisen@web.de

Radiosendung PAZIFISSIMUS (Sendung von DFG-VK Mainz & Wiesbaden), 1. Mittwoch im Monat 16 h, Wdh. 2. Mittwoch im Monat 16 h, im Rahmen des Programms von Radio Quer auf der Wiesbadener Lokalradiofrequenz UKW 92,5 MHz pazifissimus@web.de

Internet DFG-VK Mainz www.dfg-vk-mainz.de,
DFG-VK Marburg: www.lahn.net/dfgvk/dfgvk.html

DFG-VK bundesweit www.dfg-vk.de *168P Bier, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, Mainz*

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



Gruppe Mainz
c/o Bürogemeinschaft, Martinsstr. 2, 55116 Mainz
Gruppentreffen incl. Kriegsdienstverweigerungsberatung
am 1. Montag im Monat 19.30 h
Konto 3683 00-600, Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60
dfgvkmz@web.de www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK sowie die Zeitschrift *Graswurzelrevolution* sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen, Frauenlobstr. 40, Mainz
Redaktionsschluss dieses *Friedlichts*: 23.2.2006